

## Wahlalternative 1969?

### I

Der Parteitag der SPD in Nürnberg hat zwar gezeigt, daß der Druck jener außerparlamentarischen Opposition, die sich seit Bildung der Großen Koalition stetig verstärkt, ausgereicht hat, um jene völlige Friedhofsruhe zu durchbrechen, die sozialdemokratische Parteitage seit Godesberg und insbesondere seit der vollen und unverhohlenen Wendung zur Identifikation mit der Politik der damaligen Bundesregierung charakterisiert hat, die durch die Preisgabe des Deutschland-Planes durch Wehner im Mai 1960 zum Ausdruck gekommen war. Oppositionelle Stimmungen, wie sie am deutlichsten in den Bezirken Süd-Hessen und Schleswig-Holstein aufgetreten waren, wurden zum Kern einer breiteren Gruppierung von Delegierten, die manche Ambitionen des Parteipräsidiums und des Parteivorstandes abwehren und durch die Nicht-Wahl des Regierenden Bürgermeisters von Berlin und des wendigen, listenreichen und taktisch superklugen Professors Ehmke auch personelle Modifikationen herbeiführen konnten. Politisch gesehen hat jedoch trotz jener Resolution des Parteitages, die immerhin die sozialdemokratische Fraktion verpflichtet hat, eine gesetzgeberische Initiative zur Mitbestimmungs-Frage zu ergreifen, ohne daß jedoch dabei eine obligatorische Identifikation auch nur mit den Vorschlägen des DGB erzielt wurde, diese sozialdemokratische „Linke“ noch nicht einmal eine eindeutige Alternative innerhalb der Politik der gegenwärtigen SPD, geschweige denn eine Alternative der SPD gegenüber ihren „christ-demokratischen“ Koalitionsgenossen innerhalb der Politik der Großen Koalition, erst recht nicht eine Alternative gegenüber der Gesamtpolitik dieser Großen Koalition aufrichten können. Die Kritik der „Linken“ blieb punktuell, ohne sich zu einem einheitlichen Konzept zu gestalten. Die zentralen Probleme der bundesrepublikanischen Politik wurden nur am Rande berührt, ihre Kernfragen blieben ausgeklammert. Der Zusammenhang zwischen dem zwanzig Milliarden überschreitenden Rüstungsetat, der Reduktion von Sozialleistungen und der Unmöglichkeit, die zur Demokratisierung des Bildungswesens und seiner Modernisierung für die Aufgaben einer hochindustriellen Gesellschaft erforderlichen Mittel ohne inflationistische Gefahren aufzubringen, wurde auch von der Opposition nicht wirksam angesprochen. Die innerparteiliche Opposition hat es nicht gewagt, das Problem jener gedanklichen Einheit zu analysieren, die sich aus der NATO-Zugehörigkeit der Bundesrepublik — die völkerrechtlich wirksam 1969 gekündigt werden könnte —, der Politik der Bundesregierung innerhalb der NATO, die ständig die in europäischen Fragen verständigungsfeindlichsten Varianten unterstützt, und dem Rüstungskonzept der Bundesrepublik ergibt, dessen Kosten die Bundesrepublik bald in die Nähe jener Finanzierungskatastrophe bringen müssen, die gegenwärtig von den Vereinigten Staaten durchgestanden werden muß. So blieben die Konzessionen der sozialdemokratischen Führung gegenüber dieser Opposition sprachregelnde Verbalkonzessionen ohne politischen Inhalt. Die Einigung der beiden Koalitionspartner hinsichtlich der bei genauer juristischer Analyse inhaltsleeren Deklarationen zur Oder-Neiße-Linie und zu den Formen möglicher Verhandlungen mit der DDR, wie sie bei

Gelegenheit der Lücke-Krise zum Ausdruck gekommen ist, war kein Zufall und hat lediglich die Realität ausgesprochen: An der Gesamtpolitik der Großen Koalition in diesen Fragen hat sich nichts geändert und wird sich nichts ändern. Auch in der Notstands-Frage hat die Opposition innerhalb der Sozialdemokratie noch nicht einmal erreichen können, daß der Kompromiß zwischen Barzel und Schmidt wirklich offengelegt wurde. So begrüßenswert es ist, daß 87 Delegierte die verhüllte Unterwerfung unter den Kompromiß nicht mitgemacht haben, die in der Parteitagresolution zum Ausdruck gekommen ist: Es bleibt dabei, daß die Unterwanderung des Grundgesetzes durch nur verbal abgeschwächte Notstandsermächtigungen allein dann noch verhindert werden kann, wenn abermals die außerparlamentarische Opposition durch machtvolle Demonstrationen zum Kampfe antritt.

## II

So hat also der Parteitag von Nürnberg eindeutig gezeigt, daß die SPD bei den Bundestagswahlen 1969 dem Gesamtkonzept der bisherigen Bundesregierung gegenüber keine demokratische und sozialistische Alternative anbieten kann. Aber er hat darüber hinaus verdeutlicht, daß die oppositionellen Kräfte, die sich innerhalb der SPD notwendig immer wieder zeigen, wenn die Praxis der Bundespolitik mit den jedermann erkennbaren Tagesinteressen jener Arbeitnehmer in Widerspruch gerät, die den Hauptanteil der Wähler und des Mitgliederpotentials der SPD bilden, trotz des starken Druckes der bisher nur außerhalb des Parlaments und zu Einzelproblemen auftretenden außerparlamentarischen Opposition weder stark genug noch geschult genug waren, innerparteilich eine wirkliche Veränderung der Lage herbeizuführen. Wie erstaunlich ihre Schwäche war, wird dadurch ausgewiesen, daß sie trotz mancher punktuellen Kritik an der Gesamtlinie des Wirtschaftsministers Schiller den einzigen Delegierten im Stich gelassen haben, der Schiller — wie es der Realität entspricht — als Repräsentanten der Gesamtinteressen der Manager der großen Konzerne charakterisiert hat: Trotz aller gewerkschaftlichen Opposition in anderen Fragen wurde Schiller auch von den meisten „linken“ Delegierten wieder in den Vorstand gewählt.

So kann und wird also die Transformation der Bundesrepublik aus einer nach ihrem bisherigen formellen Verfassungsrecht parlamentarischen Demokratie, in der der soziale Konflikt zwischen den Interessen der großen Majorität der Bevölkerung und den politischen Repräsentanten des Managements der großen Konzerne offen und für jedermann deutlich im Parlament als der Repräsentation des Volkes diskutiert und ausgetragen werden kann, in einen nur lässig verhüllt autoritären Staat, der von einer Koalition der hohen Bürokratie mit dem Großkapital dirigiert wird, weitergehen, wenn es nicht gelingt, durch das politische Auftreten einer relativ geschlossenen demokratisch-sozialistischen Opposition mit einheitlichem Aktionsprogramm und alternativen Vorstellungen zu denen der Regierung diese Situation umzugestalten. Das Auftreten der außerparlamentarischen Opposition in einer Fülle von Einzelfragen — vor allem zum Notstandsproblem, zum Vietnamkrieg und zur Universitätsreform — hat zwar bewußtseinsverändernd gewirkt und eben jene Diskussionen auf dem sozialdemokratischen Parteitag ermöglicht, die den Gegenstand der ersten Überlegungen dieses Aufsatzes gebildet haben. Aber es wird nur dann praktische Resultate erzielen können, wenn es durch einheitliche Aktion ihrer Angehörigen im Wahlkampf diese selbst um ein alternatives Gegenprogramm zum Konzept der Großen Koalition als der Interessenkombination der herrschenden Klassen gruppiert, dessen Aktionslösungen dann ständig — möglichst auch durch Vertreter im

Bundestag dort ausgesprochen — zum Rückgrat einer demokratischen Widerstandskraft gegen diesen Prozeß der Aushöhlung des Grundgesetzes werden. Würde es gelingen, diese Kombination herbeizuführen, so könnte der Wahlkampf zu einem der gewichtigsten Mittel zur permanenten Formierung eines so starken Druckes auch auf die Mitgliedschaft der Sozialdemokratie und die Führungen der Gewerkschaftsbewegung werden, daß in dieser Partei und in der Leitung der stärksten gesellschaftlichen Organisationen der Bundesrepublik, der Industriegewerkschaften des DGB, bündnisfähige Partner für eine gemeinsame Front zur Verteidigung der Demokratie und des Friedens entstünden, deren Kraft ausreicht, die Entwicklung umzukehren.

### III

Ein Teil der außerparlamentarischen Opposition — vor allem in der jüngeren Generation — hat Bedenken gegen eine derartige Ausnutzung des Wahlkampfes zur Ausdehnung der außerparlamentarischen Opposition ins Parlament der Bundesrepublik hinein, weil er die Verwendung des Parlaments und des Wahlkampfes als Hebel für diesen Prozeß als illusionär ansieht. Nun hat zweifellos das Parlament in spätkapitalistischen Gesellschaften nicht die gleiche Funktion, die es einst zur Zeit des Kapitalismus der allseitigen freien Konkurrenz haben konnte. Die Interessenwidersprüche innerhalb der Unternehmerschichten und der kapitalistischen Klassen, die einst im Parlament diskutant bewältigt werden konnten und die Überlegung erlaubten, daß man die exekutive Gewalt als Randproblem der Gesellschaft werten könne, haben in einer Periode, in der die öffentliche Gewalt einen immer größeren Anteil des Sozialproduktes in Anspruch nehmen muß und sich in den verschiedensten Formen mit den Interessen großer Konzerne verbindet, solche Formen angenommen, daß die herrschenden Klassen es sich nicht mehr erlauben können und erlauben wollen, sie in der parlamentarischen Diskussion offen auszutragen. Aber ein Problem ist bestehen geblieben: Gelingt es den breiten Volksmassen und vor allem der breitesten Schicht innerhalb des Wahlvolkes, den Arbeitnehmern, ihre Interessen allseitig und deutlich zu formulieren und sie im Parlament zur Geltung zu bringen, so kann die Erörterung dieser Probleme im Parlament mobilisierend auch außerhalb des Parlaments wirken und die verschiedenen Ansätze kritischer Opposition zu einer Gesamtpolitik zusammenführen. Nach dem formellen Verfassungsrecht ist das Parlament noch immer die legitimierende Institution für alle Äußerungen der öffentlichen Gewalt. Zwar können die Entscheidungen im Parlament nur die Machtverhältnisse außerhalb des Parlamentes spiegeln, aber die Diskussionen im Parlament können helfen, diese Machtverhältnisse zu ändern, indem sie den von der faktischen Macht ausgeschlossenen Mehrheitsgruppen des Volkes zur Einsicht in die reale Lage verhelfen. Würde — wenn der Druck dieser Mehrheit, die ihre Lage erkennt, dazu ausreicht, die Mehrheitsbildung im Parlament selbst den Interessen der Mehrheit anzupassen — ein Parlamentsbeschluß mit den Interessen der herrschenden Klassen kollidieren, so würde über dessen praktische Wirkung zwar gleichwohl die Machtlage außerhalb des Parlaments entscheiden. Aber eine derartige Veränderung der Mehrheitsverhältnisse im Parlament wäre ja bereits der Ausweis dafür, daß die bisher von der Macht ausgeschlossenen Klassen begonnen haben, ihre Lage zu erkennen und bereit zu sein, für ihre wirklichen Interessen zu kämpfen, die mit den Interessen der Humanität identisch sind. Deshalb bleibt auch nach der Transformation der liberalkapitalistischen Gesellschaft, die die Institution des Parlaments erzeugt hat, in diejenige des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die dahin tendiert, das Parlament in eine Attrappe zu verwandeln, der Kampf um das Parlament und im Parlament von

entscheidender Bedeutung, wenn und insofern er in ständiger Kombination mit der außerparlamentarischen Mobilisierung der kritischen Gruppen verbunden ist. Über den Inhalt jenes aktuellen Aktionsprogramms, das im Wahlkampf erstens zur Mobilisation der Bewußtseinsbildung der Wähler, aber auch zweitens mit dem Ziel des Eindringens in das Parlament vorgetragen werden muß, wenn in der gegenwärtigen politischen Krise der Bundesrepublik Deutschland ein erfolgreicher Widerstand gegen die permanente Aushöhlung des Grundgesetzes geleistet und die Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen eingeleitet werden soll, die allein dem Grundgesetz und seinen demokratisch-sozialen Normen reale Bedeutung verleihen könnte, wird es unter den verschiedenen Gruppen jener Opposition wenig Differenzen geben, deren Druck auf die Öffentlichkeit während langer Jahre die Hoffnungen der CDU/CSU auf Notstandsermächtigungen verhindern, die Solidarisierung der Bundesrepublik mit dem imperialistischen Überfall der USA auf Vietnam bekämpfen und die Diskussion über die Universitätsreform erzwingen konnte. Die neueste Konzession der sozialdemokratischen Minister an den damals noch amtierenden Bundesinnenminister Lücke, die offensichtlich als Trostpreis für die Undurchführbarkeit der Änderung des Wahlgesetzes angesichts des Widerstandes der sozialdemokratischen Basis gegeben wurde, nämlich die Zustimmung zur Aufrechterhaltung der rabiaten und auch juristisch unvertretbaren Formen des KPD-Verbotsrechts, hat einen zusätzlichen Anhaltspunkt für die Notwendigkeit wie die Formulierungen eines solchen Aktionsprogramms gegeben.

Alle Kräfte der außerparlamentarischen Opposition — gleichgültig, ob es sich um kritisch werdende Intelligenzschichten, um ihre praktischen Glaubenspflichten ernstnehmende Geistliche beider Konfessionen, um rebellierende Studenten oder um ernstlich ihre Interessen vertretende gewerkschaftliche Arbeiterfunktionäre handelt — wissen, daß die Außenpolitik der Bundesrepublik in Bahnen gezwungen werden muß, die das Bekenntnis der Großen Koalition zur Verständigungspolitik gegenüber den sozialistischen Staaten und der DDR aus bloßen Sprachregelungen zur Verhüllung der extremen NATO-Politik und ihrer Zielsetzung des „roll back“ in Praxis verwandeln. Deshalb muß die Anerkennung der DDR als Voraussetzung zur Verständigung mit den sozialistischen Staaten und die Anerkennung derjenigen sozialistischen Staaten, die kraft des Gebotes der USA bisher nicht anerkannt sind, also Nordvietnams, Nordkoreas und Chinas, gefordert werden. Ferner muß die Kündigung der NATO zwecks Einleitung von Verhandlungen über ein System europäischer kollektiver Sicherheit verlangt werden. Die Politik der Bundesrepublik muß sich mit den anti-imperialistischen Interessen der rebellierenden Bevölkerung der Entwicklungsländer solidarisieren und im Vietnamkrieg politisch die Nationale Befreiungsfront unterstützen. Sie muß jede militärische oder politische Unterstützung faschistischer Länder wie Südafrika, Portugal, Spanien, Griechenland und Indonesien ablehnen. Sie muß die Resultate des Zweiten Weltkriegs durch Anerkennung der Grenzen der UdSSR, Polens, der Tschechoslowakei und der DDR auch förmlich akzeptieren. Sie muß mit aller Entschiedenheit auf alle — auch auf „europäisierte“ — Formen der Beteiligung an der Kontrolle über Atomwaffen verzichten.

#### IV

Bei einer derartigen Außenpolitik wird die Existenz des militärischen Potentials der Bundesrepublik Deutschland überflüssig. Deshalb muß auch ohne vorherige förmliche völkerrechtliche Einigung der Staaten der Wehretat sofort halbiert und die allgemeine Wehrpflicht aufgehoben werden. Dadurch werden die Mittel frei

für diejenigen Hilfsleistungen an alle Zweige der Sozialversicherung, die zur Aufrechterhaltung ihrer Leistungsfähigkeit ohne jede Neubelastung der Versicherten erforderlich sind. Dadurch werden darüber hinaus die Mittel frei zu jener Umformung der bisherigen Verteilung der Steuereingänge, die den Kommunen die gesicherte Durchführung der Maßnahmen ermöglicht, die zum Ausbau der Infrastruktur unserer Gesellschaft und damit auch zur Anregung des wirtschaftlichen Wachstums erforderlich sind. Dadurch wird auf der anderen Seite ermöglicht, daß eine umfassende Transformation des Bildungswesens in einer Richtung eingeleitet werden kann, die allen Schichten der Bevölkerung — auch der Arbeiterklasse und den armen Bauern — den gleichberechtigten Aufstieg bis zur Universität und der Hochschulbildung ermöglicht.

Diejenigen Gebiete in der Bundesrepublik, die durch Strukturkrisen in Not geraten sind oder in Not geraten werden, also vor allem das Ruhrgebiet und die Hafenzonen und Werften, müssen ein Transformationsprogramm erhalten, das auf die bisherigen Eigentümer der unproduktiv gewordenen Produktionsstätten keine Rücksichten nimmt und ihnen bei erforderlichen Enteignungen zwar gemäß Art. 14 bzw. 15 GG Entschädigungen, aber keine Erstattung der Äquivalenzwerte gewährt. Die neuen Industrien, deren Ansiedlung es bedarf, müssen nach einem durchdachten Wirtschaftsprogramm als gesellschaftliches Eigentum bei voll entwickelter Mitbestimmung der Arbeitnehmer entstehen. Der Gesetzesvorschlag des DGB zur Extension des Mitbestimmungsrechtes ist sofort in geltendes Recht zu verwandeln. Zur Verhütung von Rezessionen und Garantierung des wirtschaftlichen Aufschwungs ist ein verbindliches System der Wirtschaftsplanung unter Beteiligung der Gewerkschaften zu entwickeln. Der bäuerlichen Bevölkerung ist durch ein agrarisches Gesundheitsprogramm und zinslose Kredite und durch Ankauf ihrer Produkte zwecks Lebensmittellieferungen an hungernde Entwicklungsländer zu helfen.

Die Notstandsgesetzgebung ist entschieden abzulehnen; die einfachen Notstandsgesetze (falls der gegenwärtige Bundestag ein Notstandsverfassungsgesetz beschließen sollte, dann auch dieses Notstandsverfassungsgesetz) sind aufzuheben. Die demokratischen Freiheitsrechte der Individuen sind auch gegenüber den Geheimdiensten zu garantieren. Die Verfügung von Kapitalkonzentrationsgebilden über Meinungsbildungsmittel — wie sie vor allem durch den Springer-Konzern repräsentiert wird — ist zu unterbinden. Das KPD-Verbot ist durch Änderung des Parteiengesetzes und des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes ersatzlos zu beseitigen.

Soweit zu erkennen ist, gibt es in den verschiedenen Gruppierungen, die als Initiatoren außerparlamentarischer Opposition hervorgetreten sind, über die meisten dieser Losungen keine Differenzen, gleichgültig, ob es sich um die radikale studentische Opposition, um christliche Kräfte, um den Kern der Ostermarsch-Bewegung, um das Sozialistische Zentrum oder um die Initiativausschüsse zur Wiederzulassung der KPD handelt. Gewiß gehen die Forderungen mancher dieser Gruppen über diese Losungen hinaus. Aber auf deren Basis kann ein Minimalprogramm formuliert werden, das alle Teile dieser Bewegungen einigt und auch Kräfte umfaßt, die bisher in dieser Weise nicht in Erscheinung getreten sind. Der Wahlkampf wird zwar erst in einem Jahr beginnen; aber die Diskussionen um die Kombinationen auf einen derartigen Wahlkampf hin müssen bald einsetzen, wenn sie Erfolg haben und wenn vermieden werden soll, daß eine gewichtige Chance zur Verteidigung des Grundgesetzes und der Demokratie vertan wird. Deshalb sollten die internen Diskussionen in den einzelnen Gruppierungen und in der kritischen Intelligenz, aber auch unter Betriebsräten und

Gewerkschaftsfunktionären schon heute auf diese Problematik gerichtet werden, damit im Laufe des Sommers oder des Herbstes eine Konferenz aller mitarbeitenswilligen Kräfte die politische und organisatorische Zusammenarbeit zur Vorbereitung der Wahlalternative einleiten kann.

Kommt es zu keiner rationalen und demokratischen Alternative gegenüber der Politik der Großen Koalition — die den Interessen der kapitalistischen Monopole dient —, so bleiben nicht nur die Mittelschichten, sondern auch große Teile der Arbeiterklasse, die den Widerspruch zwischen ihren Interessen und der Politik der Regierung zwar empfinden, aber nicht klar durchschauen, der irrationalen Demagogie der NPD, der faschistischen Propaganda überlassen. Darf die kritische Linke durch ihre Untätigkeit die Verantwortung für eine Entwicklung übernehmen, die dadurch ermöglicht würde?

Prof. Dr. Helmut Ridder

## Notstandsstaat oder soziale Demokratie?\*)

Wir haben gerade ein Bildschirmerebnis nicht ungewöhnlicher Art hinter uns. Ich meine die wohltemperierte Ganztagsveranstaltung des Deutschen Bundestags — Debatte wäre ein zu kühnes Wort für soviel Zwiespalt von Wagen, Wollen und Können — über die „Lage der Nation im geteilten Deutschland“. Da wurde aber doch der heiße Brei immerhin etwas enger umkreist, als es bei unseren etablierten Politrednern sonst üblich ist. Wer wollte dafür nicht dankbar sein? Ja, wir haben Abgeordnete gehört, die die DDR einen Staat und den Warschauer Pakt gar ein Verteidigungsbündnis nannten. Wir waren Zeugen einer atemberaubenden vermeintlichen Kühnheit, die zaghafte Parallelen zwischen früheren deutschen und heutigen amerikanischen Kriegsverbrechen zog. Man hat doch tatsächlich einen nicht ganz kleinen Teil der Dinge beim Namen genannt, von den Dingen freilich, die alle Spatzen der Welt längst von sämtlichen Dächern pfeifen. Es ist des langen und des breiten von Versäumnissen der Vergangenheit und von Verantwortung für die Zukunft geredet worden; und wir haben vernommen, daß selbst die unmittelbaren Erben Adenauers das Aufbegehren der zu sich selbst kommenden jungen Generation nicht mehr einfach vom Tisch wischen, nein, daß sie mit ihr sprechen wollen (wenn sie's nicht zu radikal treibt, natürlich). Wer wollte das nicht freudig begrüßen, wenn es auch selbstverständlich ist? Das Selbstverständliche versteht sich ja leider so selten von

\*) Rede bei der Kundgebung des örtlichen Kuratoriums „Notstand der Demokratie“ in Nürnberg am 17. März 1968. Bei der Rede mußten einige Satzteile und Halbsätze weggelassen werden, um die vorgesehene Redezeit von fünfzehn Minuten nicht zu überschreiten.